

WEISS

Magazin der Freien Liste
No. 34 Dezember 2020



Die zwölf Landtags-
kandidat*innen im Fokus 4

Auseinandersetzung
mit Wahlalter 16 28

4
4
2
3
2
3
1
1
7
3
1

Fotomontage

ab
4
SEITE

Unsere 12 Landtagskandidat*innen im Fokus

Beiträge für lebenswertes Liechtenstein und eine intakte Umwelt. Motivation, Ansichten und Ziele der Kandidat*innen.



28
SEITE

Wahlalter 16

Erste Erfahrungen der Jungen Liste mit ihrer Petition zur Senkung des Wahlalters.

SWISS CLIMATE
CO₂ NEUTRAL
GEDRUCKT
SC2020111901

Impressum

Herausgeberin: Freie Liste, Liechtenstein
Redaktionsleitung: WEISS, Birkenweg 6, 9490 Vaduz
Alexa Ospelt, info@weissmagazin.li
Gestaltungskonzept: Tomcat AG, St. Gallen
Satz: Mathias Marxer Est.
Bilder: Martin Walser, zvg
Cover: Die Kandidat*innen wurden einzeln fotografiert und zu einer Fotomontage zusammengefügt.
Druck: LAMPERT Druckzentrum AG, Vaduz
Papier: Bavaria 80g/m², FSC
Auflage: 20'700 Ex.

31
SEITE



Statements aus Fraktion und Gemeinderäten

30
SEITE

Kommentar

Mit der Petition der Jungen Liste tun sich Junge FBP und Jugendunion sichtlich schwer.

AB IN DIE LANDTAGSWAHLEN

Alexa Ospelt
Redaktionsleiterin
info@weissmagazin.li

Vaduz, 19. November, 19 Uhr im Kunstmuseum: Der Anblick der 12 Kandidat*innen erfüllt die Anwesenden mit Stolz. Der coronabedingt kleine Kreis besteht aus Co-Präsident und Vorstandsmitglieder der Freien Liste. Sie blicken zufrieden auf den Rednerisch, wo Claudia Heeb-Fleck zwischen Kameras und Mikrofonen souverän den Abend moderiert. Trotz Masken und Sicherheitsabstand ist die Aufbruchstimmung greifbar.

Sechs Frauen und sechs Männer bilden das hervorragende Team, vier im Unterland, acht im Oberland. Sie katapultieren eine gebündelte Ladung von ökologischen, demokratischen und sozialen Kompetenzen auf die politische Bühne Liechtensteins. Kandidat*innen wie Thomas Lageder, Sandra Fausch, Moritz Rheinberger, Nadine Gstöhl und Conny Büchel Brühwiler, um nur einige der entschlossenen Zwölf zu nennen, verkörpern die Botschaften und Ziele der Freien Liste in der Öffentlichkeit. Wann, wenn nicht jetzt, sind die Wähler*innen bereit für sozial-ökologische Kräfte und den Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Lebenswelt?!

Für einmal dreht sich im Kunstmuseum alles um Wahlen und vor allem um diese zwölf Politiker*innen, die sich voll und ganz für unser Land einsetzen wollen. Jede*r Einzelne trägt ihre*seine Ansprache zur Nomination mit Herzblut und Überzeugung vor.



Persönlich kann ich nicht anders, als ihnen bewundernde Blicke zuzuwerfen für ihren Mut, ihre Einsatzbereitschaft und ihre Entschlossenheit. Denn, eines ist sicher: Die kommende Landtagsperiode 2021 bis 2025 wird von Umbruch geprägt sein und nie dagewesene Herausforderungen mit sich bringen. Hierfür braucht Liechtenstein Politiker*innen mit Persönlichkeit, Willen und Engagement. Voilà.

Liebe Leser*innen, machen Sie sich ein Bild und lesen Sie in dieser Ausgabe die Beiträge der Kandidat*innen. Ich wünsche Ihnen eine bewegende Lektüre und eine besinnliche, ruhige Adventszeit. Bitte, bleiben Sie gesund und mutig.

Mitte der 50er Jahre geboren, gehöre ich zur Generation der sogenannten «Babyboomer». Hineingeboren in eine Welt, die sich gerade von einem grausamen Weltkrieg erholt hatte und wirtschaftlich wieder in die Gänge kam. Es war eine Zeit des Aufbruchs, der uns Jungen – und wir sind viele – jede Menge Chancen bot, wenn wir sie nur packten.

Text von Georg Kaufmann, georg.kaufmann@landtag.li

GENERATION BABYBOOMER – PLATZ MACHEN ODER NEUE WEGE MUTIG MITGEHEN?



Der Mehrheit der Babyboomer ging es von Jahr zu Jahr besser. Wirtschaftlich ging es steil aufwärts, die Löhne und damit der Lebensstandard stiegen und die in jenen Jahren gegründete AHV versprach soziale Sicherheit. Lange ging dies gut. Schon damals gab es aber auch Stimmen wie den «Club of Rome» und andere Organisationen, welche vor den Gefahren dieses ungebremsen Wachstums warnten und eine nachhaltige Entwicklung sowie den Schutz von Ökosystemen propagierten. Allein, sie blieben zum Grossteil Rufer in der Wüste. Profitdenken blieb im Zentrum jenes wirtschaftlichen Aufschwungs. Mit Erfolg für uns Babyboomer: Wir konnten ein grösseres Geldvermögen als die Generationen vor uns und wahrscheinlich auch nach uns anhäufen.

Geblichen sind neben dem Wohlstand nämlich jahrzehntelange Klimasünden und ein Politikstil, der die Herausforderungen der Zukunft unbeantwortet lässt.

Die eigentlichen Ursachen für den Klimawandel reichen allerdings viel weiter zurück, die Weichen wurden schon mit Beginn der Industrialisierung gelegt.

Und auch der Wohlstand unseres Landes ist zu einem schönen Teil unserer Zielstrebigkeit und unserem Fleiss zu verdanken. Doch unsere Generation hinterlässt dazu ein anderes Erbe, an dem unsere nachfolgenden Generationen sehr zu knabbern haben werden. Geblieben sind neben dem Wohlstand nämlich jahrzehntelange Klimasünden, fragwürdige Vorstellungen von Erfolg und ein Politikstil, der die Herausforderungen der Zukunft entweder unbeantwortet lässt oder mit rückwärtsgewandten Ideen zu lösen versucht.

Jetzt erreichen wir Babyboomer das Rentenalter. In den nächsten Jahren werden immer weniger Berufstätige für unsere AHV aufkommen müssen. Das Umlageverfahren dieser Sozialversicherung, welches lange Zeit gut funktionierte, stösst an seine Grenzen. Auch wenn die AHV die nächsten 20 Jahre noch gesichert scheint, dürfen wir Babyboomer uns nicht einfach zurücklehnen und die Verantwortung allein den nachfolgenden Generationen überlassen. Nein, wir sind und bleiben in der Mit-Verantwortung, nicht nur in Bezug auf die soziale Vorsorge. Doch die AHV ist ein Paradebeispiel für unsere Mit-Verantwortung. So kann es nicht sein, dass viele von uns die AHV beziehen, daneben aber weiter arbeiten, also Geld verdienen und für dieses Einkommen keine AHV mehr bezahlen. In der selbstverständlichen Meinung, dass das die nachfolgenden Generationen für uns machen. Ich meine, Solidarität geht anders.

Warum ich mich erneut zur Wahl stelle

Deshalb habe ich mich im Sommer der Frage gestellt: Soll ich jetzt Platz machen oder neue Wege mutig mitgehen? Ich habe mich für das Zweite entschieden und kandidiere noch einmal für den Landtag. Es stehen grosse Veränderungen an: Demografie, Digitalisierung, Klimawandel – drei Themen, die uns die nächsten Jahrzehnte und darüber hinaus stark beschäftigen werden. Drei Themen, an denen wir Babyboomer nicht einfach vorbeischaun dürfen. Für zwei davon, nämlich die demografische Entwicklung und den Klimawandel, sind wir direkt mit verantwortlich. Die eigentlichen Ursachen für den Klimawandel reichen allerdings viel weiter zurück, die Weichen wurden schon mit Beginn der Industrialisierung gelegt. Der technologische Fortschritt, der uns in eine digitale Zukunft führen wird, hat natürlich in erster

Linie in der Zeit unseres Tätig-Seins seinen Ursprung. Wir Babyboomer haben gewirkt, vieles richtig und auch einiges falsch gemacht. Jede Generation hat das Anrecht auf neue Fehler. Und allen Fehlern zum Trotz haben wir auch die Vorarbeit geleistet für viele gute Veränderungen: So haben wir die Emanzipation der Frau vorangebracht, den Bio-Landbau gestartet, gegen Atomkraftwerke demonstriert und mit der Freien Liste eine Partei gegründet, die sich den sozialen, demokratischen und ökologischen Werten verpflichtet. Ich wünsche mir, dass wir diese Werte in den kommenden Jahren noch bewusster und aktiver leben, und möchte meinen Teil dazu beitragen. Ich möchte den Pioniergeist aus unserer Jugendzeit mitnehmen und den Mut haben, neue Lösungsansätze einzubringen und mitzutragen. Die UNO-Entwicklungsziele, zu denen sich Liechtenstein verpflichtet hat, sollen uns als Richtschnur dienen und auch der Abschlussbericht zum Zukunftsprojekt «Mein Liechtenstein 2039» zeigt uns auf, wohin die Reise gehen soll. Viele der dort entstandenen Ideen sind es wert, realisiert zu werden.

Ich verbringe heute regelmässig Zeit mit Sina und bald auch Hanna, die der jüngsten Generation angehören und noch nicht zur Schule gehen. Ich geniesse die Stunden mit ihnen sehr. Ihnen wünsche ich, dass sie und alle ihre Gleichaltrigen in 30 Jahren in einem Liechtenstein und in einer Welt leben werden, welche ihnen neben allen beruflichen und privaten Möglichkeiten auch eine intakte Natur bietet sowie ein solidarisches Miteinander ermöglicht. Für sie und dafür möchte ich mich heute und die kommenden Jahre nach Kräften einsetzen.

Viele Besucher*innen schwärmen von unserem schönen Land. Doch was begeistert an Liechtenstein so sehr? Die Antwort der Gäste ist oft: «die wunderschöne Landschaft», «die Bergwelt», «die Natur». Doch wir sind drauf und dran, diese Kostbarkeiten zu verlieren.

Text von Patrick Risch, patrick.risch@landtag.li

BEKOMMT DIE RAUMPLANUNG AUCH BODEN UNTER DEN FÜSSEN?

Seit Jahrzehnten wurstelt jede Gemeinde für sich selbst und das Land hilft durch eine Haltung der Mutlosigkeit bei dieser ziellosen Planwirtschaft mit. Kein Wunder, dass eine Idee – wohl eher eine Forderung – des «Abschlussberichts 2039 – Zukunftsprojekt 300 Jahre Liechtenstein» lautet: ein Kleinstaat – eine gemeinsame Raumplanung. Denn 11 Ansätze zur Raumplanung auf 160 km² und viel zu wenig aufeinander abgestimmt können keine Zukunft haben.

Die nächsten vier Jahre werden entscheidend sein, daran werden wir von den nachfolgenden Generationen gemessen. Es muss vorbei sein mit den Lippenbekenntnissen zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Die Raumplanung geht Hand in Hand mit dem Mobilitätskonzept, der Energiestrategie, der Agrarpolitik, dem Abfallkonzept und den überregionalen Grundlagenplanungen wie dem Agglomerationsprogramm Werdenberg-Liechtenstein. Alles Bereiche, in denen in den letzten Jahren viel Papier produziert, die Probleme erkannt wurden, jedoch lustlos im Topf der Lösungen nach der genehmtesten Lösung gefischt wird.

Heisses Eisen: Raumplanung

Vor knapp 20 Jahren scheiterte die Politik mit einer landesweiten Raumplanung kläglich beim Volk. Das Raumplanungsgesetz wurde mit einem 75%-Nein-Anteil an der Urne verworfen.

Seither hat sich die Politik nicht mehr getraut, dieses heisse Eisen anzufassen. Vielmehr wurde die Raumplanung auf die Gemeinden abgeschoben. Diese sollen die Raumplanung mit Hilfe von Zonenplänen auf ihrem Gemeindegebiet übernehmen. Seither versucht jede Gemeinde als Mini-Staat auf ihrem eigenen Gebiet Wohnzonen und Industriezonen zu

schaffen. Was nicht den beiden anderen Zonen zugewiesen werden kann, ist baubedingt Wald oder Landwirtschaftszone. Jede Gemeinde hält sich als Joker für zukünftige Entwicklungen zudem noch Freihaltezonen, manchmal «übriges Gemeindegebiet» genannt.

Wenn es um Boden geht, tun wir uns im Land schwer. Schon früh wurde zwar erkannt, dass der Boden in Liechtenstein wertvoll ist und durch ein Nutzungskonzept geschützt werden muss. Das erste Baugesetz im Land wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg erlassen. Es dauerte aber mehr als 50 Jahre, bis Triesenberg (unfreiwillig) einen Zonenplan für das Gemeindegebiet erliess bzw. verabschiedete.

Bei der Schaffung des Baugesetzes 1947 stand der Boden noch als Existenzsicherung für die landwirtschaftliche Nutzung im Vordergrund. Heute wird der Boden oftmals als Chance auf viel Geld und als praktisch steuerbefreite Anlageform gesehen.

Heute wird der Boden oftmals als Chance auf viel Geld und als praktisch steuerbefreite Anlageform gesehen.



Beim der Abstimmung über das Raumplanungsgesetz 2002 und bei der S-Bahn-Abstimmung sind Parallelen erkennbar. Beide Vorlagen wurden im Landtag mit grosser Mehrheit verabschiedet, bei den anschliessenden Volksabstimmungen vom Volk jedoch abgelehnt. Es stellt sich die Frage, was die Politik hier falsch gemacht hat bzw. warum es nicht gelang, dem Volk die grosse Wichtigkeit dieser Projekte zu vermitteln.

Scheut die Regierung die Diskussion?

Langsam kommt wieder Bewegung in das Thema der gemeindeübergreifenden Raumplanung. Die Regierung hat dieses Jahr das Raumkonzept 2020 präsentiert. Dabei hat sie es aber vermieden, das Konzept dem Landtag, der Volksvertretung, vorzulegen und somit eine breitere Diskussion darüber gescheut. Man darf gespannt sein, zu welchem Zeitpunkt der Landtag und die Gemeinderäte aktiv mit in das Projekt einbezogen werden.

Dem Klimawandel, dem Verlust der Artenvielfalt, dem zunehmendem Verkehr, dem Flächenverbrauch muss endlich mit konkreten gesetzlichen Massnahmen entgegengewirkt werden.

Die Unterländer Gemeinden und Schaan haben zusammen mit der Regierung zumindest schon eine Vision 2050 für ein Entwicklungskonzept entworfen. Die Gemeindevorsteher*innen und die Regierung haben das Konzept erarbeitet und zur Chefsache erklärt.

Es gibt aber ein generelles Problem mit den ganzen Konzepten und Visionen. Sie sind gerade so wert wie das Papier, auf welchem sie gedruckt sind. Solange sie nicht dem Landtag vorgelegt werden und mit einer konkreten gesetzlichen Zielvorgabe gestützt werden, kann die Regierung tun und lassen, wie es ihr gerade bequem ist.

Dem Klimawandel, dem Verlust der Artenvielfalt, dem zunehmendem Verkehr, dem Flächenverbrauch muss endlich mit konkreten gesetzlichen Massnahmen entgegengewirkt werden. Dabei muss aber auch jederzeit das Volk schrittweise über die Sinnhaftigkeit einer Massnahme informiert werden. Das Vertrauen in das Tun der Politik muss wiederhergestellt werden.

Mein Liechtenstein in 30 Jahren

Meine ideale Vorstellung von einem Liechtenstein im Jahr 2050 ist ein klimaneutrales Land. Der öffentliche Verkehr ist so gut, dass die Autodichte in Liechtenstein bereits seit 20 Jahren abgenommen hat. Die Landwirtschaft in Liechtenstein hat sich zu einem Bio-Land Liechtenstein gewandelt. Internationale Gäste geniessen in den heimischen Gastrobetrieben regionale Produkte.

In der Zeit des Corona-Lockdown sind die Bestellungen und Käufe für Fahrräder, besonders für E-Bikes, in noch nie da gewesenem Masse angestiegen. Fahrräder erleben ein Revival als gute und «coronakompatible» Variante zur Freizeitgestaltung, aber auch als umweltfreundliches Verkehrsmittel, um an den Arbeitsplatz zu gelangen. Mit dem E-Bike werden auch nicht passionierte Fahrradfahrerinnen wie ich zu Nutzerinnen.

Text von Conny Büchel Brühwiler, praesidium@freieliste.li

RAUMENTWICKLUNG: VOM AUTO-LAND ZUM FAHRRAD-LAND

Der Begriff «Langsamverkehr» hat mit dem E-Bike eine neue Bedeutung bekommen. Damit ist der Fahrradverkehr gar nicht mehr so langsam. Der Weg zur Arbeit, zur Sitzung und zum Einkaufsladen oder zu Freunden kann damit zügig zurückgelegt werden. In Liechtenstein sind die Arbeitswege im Schnitt um die 5 km lang. Erfrischt, aber nicht nass geschwitzt kann ich auf dem Elektrobike die Strecken auch bei Steigung bewältigen. Mit dem Stauaufkommen im morgendlichen Berufsverkehr in Vaduz bin ich mit dem Elektrobike schneller und staufreier am Arbeitsplatz als mit dem Auto.

Im Mobilitätskonzept 2030 wird der Ausbau der Fuss- und Radwege als «Teilstrategie» beschrieben: Das Fahrrad soll sich als Alltagsverkehrsmittel etablieren; die Hauptverkehrsachsen in den Dorfkernen sollen für den Radverkehr sicher und attraktiv gestaltet werden, Alltags- und Hauptroutennetze sollen ergänzt, ausgebaut und vervollständigt werden. Radschnellwege sollen für den Pendlerverkehr mit Fahrrädern geschaffen werden.

Der Binnendamm/Rheindamm bietet bereits heute einen guten Zugang zu den Langsamverkehr-Brücken in Vaduz, Schaan und Balzers, welche die Region Werdenberg-Sarganserland für Radfahrer*innen erschliesst. Fährt man jedoch an die Arbeitsplätze in den Dorfzentren, dann ist dort ein Fortkommen nur auf der Land- und auf den Quartierstrassen möglich. Ganz selten teilen sich Bus und Fahrräder eine Fahrspur. Noch seltener sind bis heute speziell gekennzeichnete Fahrspuren für die Räder.

Um die Ortszentren (und somit die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze) für den Radverkehr attraktiver und sicherer zu gestalten, muss der Ausbau der

Fahrradwege in die Raumentwicklung zeitnah und konsequent einfließen und umgesetzt werden. Radschnellwege dürfen in der Raumplanung von Land und Gemeinden nicht fehlen und müssen bis in die Zentren führen, damit das Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel sicherer und attraktiver wird.

An den Schnittstellen zum öffentlichen Verkehr, also an Postautohaltestellen, Bahnhöfen, besonders aber an Busbahnhöfen und Umsteigehaltestellen wie Vaduz oder Eschen/Nendeln, muss das Angebot an sicheren und trockenen Fahrradstellplätzen gewährleistet sein.

Die Kombination von Fahrrad und Bus ist eine zukunftsorientierte Strategie, um Emissionen aus dem Berufsverkehr zu senken und die Strassen vom Auto-

Radschnellwege dürfen in der Raumplanung von Land und Gemeinden nicht fehlen und müssen bis in die Zentren führen, damit das Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel sicherer und attraktiver wird.



verkehr zu entlasten. Liechtenstein hat sich im Kyoto-Abkommen bzw. dem Pariser Abkommen bereits zur Senkung der CO₂-Emissionen von 225 000 Tonnen (1990) auf 135 000 Tonnen bis 2030 verpflichtet. Um dieses erste Klimaziel zu erreichen, braucht es einen Bund von Massnahmen. Die Reduktion des CO₂-Ausstosses durch den Individualverkehr ist nur möglich, wenn sich bis in zehn Jahren weniger Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren auf unseren Strassen bewegen. Der konsequente und rasche Ausbau des Fahrradverkehrsnetzes in Liechtenstein und in der Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein muss künftig einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Schafft Liechtenstein einen Wandel vom «Auto-Land» zu einem «Fahrrad-Land»? Die Voraussetzungen dazu wären vorhanden: Die Topographie ist gegeben, die Radinfrastruktur könnte ausgebaut

werden. Doch es braucht auch Menschen, die den Mehrwert für sich und für die Umwelt erkennen und das Fahrrad/E-Bike für sich nutzen. Wenn ich durch Vaduz radle, dann macht mich das zuversichtlich. Entlang des Kanals sind zu morgendlicher Stunde viele Schüler*innen und Berufspendler*innen anzutreffen.

Stell dir vor, wir würden aufhören, Daten über die Finanzen oder das Bauwesen in Liechtenstein zu sammeln. Stell dir vor, niemand wüsste, wie hoch das Bruttoinlandsprodukt von Liechtenstein ist oder wie viele Gebäude neu erstellt oder saniert werden. Ein unhaltbarer Zustand? Es gibt Bereiche, bei denen dies tatsächlich der Fall ist – zum Beispiel bei der unbezahlten Care-Arbeit.

Text von Corina Vogt-Beck, corina.vogtbeck@gmail.com

KOSTENLOS UND UNBEZAHLBAR? WARUM WIR ARBEIT NEU DENKEN MÜSSEN



Wir leben in einem Informationszeitalter. Werden Informationen und Geschichten nicht gesammelt und aufgeschrieben, dann existieren sie nicht. Informationen sind Macht, sie formen Gesellschaftsstrukturen. Bei der Erhebung von Daten gilt

noch immer: Frauen sind mitgemeint. «Gender Data Gap» beschreibt das Phänomen, dass die männliche Perspektive als repräsentativ für alle Menschen gilt. «Alle Geschichten, die wir über unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft erzählen, sind von Abwesenheit geprägt», schreibt Caroline Criado-Perez in ihrem Buch «Unsichtbare Frauen»¹. Das Buch ist Augenöffner und Aha-Erlebnis.

Auch im Bereich der unbezahlten Arbeit – Kochen, Putzen, Pflegen in den eigenen vier Wänden – gibt es grosse Datenlücken. Weltweit werden 75 Prozent der unbezahlten Arbeit von Frauen verrichtet. Die Frauen bringen damit zwischen drei und sechs Stunden täglich zu, Männer nur 30 Minuten bis zwei Stunden. Dieses ungleiche Verhältnis bleibt auch bestehen, wenn beide berufstätig sind und bestimmte Tätigkeiten im Haushalt delegieren. So steigt die Gesamtarbeitszeit der Frauen stetig an. Die unbezahlte Arbeit bleibt unsichtbar und selbstverständlich, auch deren Konsequenzen auf körperliche und psychische Gesundheit sowie auf gesellschaftliche Phänomene wie politische Teilhabe.

Die Trennung in bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten ist ein Phänomen der Neuzeit. Julia Frick erläutert dies im Historischen Lexikon des Fürstentums Liechtenstein:

«In der vorindustriellen Zeit waren Wohnen und Erwerbstätigkeit noch nicht getrennt, sondern bildeten einen ganzheitlichen Lebenszusammenhang bzw. eine Produktionseinheit, in der jedes Familienmitglied seine besondere Stellung und Funktion innehatte. Im Zug des Wandels von der Agrar- zur Industriegesellschaft im 19. bis 20. Jahrhundert und der gleichzeitigen Trennung von Familien- und Arbeitsbereich wurde Frauen die häusliche, unbezahlte Arbeit zugewiesen, während Männer nun vermehrt der ausserhäuslichen Lohnarbeit nachgingen. Die Gesellschaft sprach der Frauenarbeit den ökonomischen Charakter ab. Sie wurde als dem weiblichen Wesen entsprechende Tätigkeit betrachtet.»²

«Weltweit werden 75 Prozent der unbezahlten Arbeit von Frauen verrichtet.»

Bezahlte Arbeit ist nicht ohne unbezahlte Arbeit möglich

Frauen ermöglichen Männern, Vollzeit gegen Bezahlung zu arbeiten. Sie kombinieren bezahlte Arbeit und Care-Arbeit, indem sie Teilzeit arbeiten. Teilzeitarbeit wird jedoch mit einem geringeren Stundenlohn vergütet – unter anderem, weil Führungspositionen selten mit flexiblen Arbeitszeiten angeboten werden. Einige betonen in diesem Zusammenhang die sogenannte «Entscheidungsfreiheit». Dies ist jedoch nur eine Schein-Freiheit, denn wie sähe die Alternative aus? Wer betreut die Kinder, die kranken Verwandten, wer macht die Hausarbeit? Und diese Entscheidung, die keine ist, macht Frauen arm. Sie haben kaum Ersparnisse und eine schlechte Altersvorsorge.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) definiert den Gesamtwert aller Güter, Waren und Dienstleistungen innerhalb einer Volkswirtschaft. Es definiert also, vereinfacht gesagt, die Wirtschaft als das, was Regierungen und Unternehmen tun. Doch ein wichtiger Aspekt, die unbezahlte Arbeit, bleibt davon ausgeschlossen, obwohl man sich einig ist, dass diese Arbeit einen wirtschaftlichen Wert hat. Der Ausschluss der unbezahlten Arbeit, also de facto der Arbeit der Frauen, verzerrt die Zahlen erheblich. Gemäss Criado-Perez ist die fehlende Berücksichtigung unbezahlter Hausarbeit bei der Berechnung des BIP die vielleicht grösste geschlechterbezogene Datenlücke von allen. Schätzungen zufolge könnte unbezahlte Care-Arbeit in Ländern mit hohem Einkommen bis 50 Prozent des BIP ausmachen.

In Liechtenstein werden keine Daten zu unbezahlter Arbeit erhoben, erklärt Andrea Scheller, Leiterin des Amtes für Statistik, auf Nachfrage. In grösseren europäischen Ländern schon – Liechtenstein stellt sich in vielen Belangen oft ähnlich dar wie seine Nachbarländer. Man läge sicher nicht ganz falsch, aus den Zahlen der Nachbarländer eine Grössenordnung anzunehmen als Basis für politisches Handeln.

«Infolge der fehlenden Daten wird die unbezahlte Arbeit von Frauen als ‚kostenlose Ressource‘ wahrgenommen, die ausgeschöpft werden kann», meint die Wirtschaftsprofessorin Sue Himmelweit. Und Criado-Perez schreibt: «Wir glauben gern, bei der unbezahlten Arbeit von Frauen ginge es nur um individuelle Frauen, die sich zu ihrem individuellen Vorteil um ihre individuellen Familienmitglieder kümmern. Aber das stimmt nicht. Die unbezahlte Arbeit der Frauen ist Arbeit, von der die Gesellschaft abhängig ist und in ihrer Gesamtheit profitiert.» Deshalb sei die unbezahlte Arbeit der Frauen nicht nur eine individuelle «Entscheidung». Die unbezahlte Arbeit ist Teil des Systems.

Und wie sieht die Zukunft aus?

«Daten sind eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für politisches Handeln oder gesellschaftliche Veränderungen. Sie sind wichtig, um eine Situation, eine Entwicklung zu quantifizieren

und Diskussionen faktenbasiert zu führen. Es geht aber nicht ohne politischen und gesellschaftlichen Willen, die Situation als Problem, das einer Lösung harret, anzuerkennen», betont Andrea Scheller. Es bräuchte also sowohl Daten als auch den politischen Willen, damit einige relevante gesellschaftliche Fragen beantwortet werden könnten: Kann und soll die Trennung in bezahlte und unbezahlte Arbeit aufrechterhalten werden? Wie wichtig sind Teilzeitmodelle und neue Arbeitsmodelle? Wie wichtig sind soziale Infrastrukturen und Care-Dienstleistungen für die gesellschaftliche Entwicklung? Wie würde die Gesellschaft von einem bedingungslosen Grundeinkommen profitieren? Was würde dies für die Trennung von bezahlter und unbezahlter Arbeit bedeuten?

Nicht nur Frauen, auch viele Männer möchten sich nicht mehr in das Korsett traditioneller Arbeitsverhältnisse pressen lassen. Das heisst, unsere Arbeitskultur wird sich verändern müssen. Der «Idealzustand» des Mitarbeitenden, dem der oder die Partner*in zu Hause «den Rücken freihält», indem er oder sie sämtliche unbezahlte Arbeit erledigt, ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Dennoch kann unsere Gesellschaft nicht ohne die unsichtbare, unbezahlte Arbeit existieren. Es ist also an der Zeit, diese Arbeit anzuerkennen, aufzuteilen und die Arbeitskultur und Infrastrukturen mit Rücksicht darauf zu gestalten.

¹ Caroline Criado-Perez. Unsichtbare Frauen. Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert. btb verlag, 2020.

² <https://historisches-lexikon.li/Frauenarbeitsarbeit>, abgerufen am 19.10.2020

Gender Data Gap bezeichnet eine geschlechtsbezogene Datenlücke. Die grosse Mehrheit an gesammelten Daten betreffen Männer; wissenschaftliche Erhebungen, die Frauen betreffen, fehlen. Diese Lücke umfasst alle Bereiche, von der Wirtschaft über die Medizin, vom Städtebau bis hin zu Reisedaten. Das liegt daran, dass Männer die unausgesprochene Selbstverständlichkeit sind. Sie bilden den «Durchschnittsmenschen» und ihre Erfahrungen und Erlebnisse gelten als geschlechtsneutral.

Das Sozialversicherungssystem hat wesentlich zur sozialen Sicherheit, zum sozialen Frieden und damit zur Stabilität des Landes beigetragen. Diesem Sozialsystem stellen sich heute jedoch enorme Herausforderungen. Deshalb ist es notwendig, sich über dessen Neugestaltung Gedanken zu machen.

Text von Harry Hasler, harry.hasler@icloud.com

NUR WAS SICH ÄNDERT, BLEIBT SICH TREU

Das Altersvorsorgesystem beruht auf dem 3-Säulen-Prinzip: Die (staatliche) AHV dient der finanziellen Sicherung des Existenzbedarfs im Alter. Die (berufliche) Pensionskasse soll im Alter die gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise ermöglichen. Durch die private Vorsorge soll die eigene Vorsorgesituation verbessert werden.

Dieses System kann aber seine Versprechungen nicht mehr uneingeschränkt einhalten. Die maximale AHV-Rente von 2'320.- Franken vermag allein den Existenzbedarf nicht zu sichern, die Pension oder Pensionskasse lässt bei einem gesetzlichen Mindestbeitrag von 8 % keine gewohnte Lebenshaltung zu und eine private Vorsorge können sich viele nicht leisten. Dies führt dazu, dass der Bedarf nach steuerlich finanzierten Ergänzungsleistungen jährlich zunimmt (2019 hatten 495 in Liechtenstein lebende Altersrentner*innen Anspruch auf Ergänzungsleistungen, mit Verwitweten und IV-Rentnern gar 830 Personen).

Alle wollen länger leben, aber wer zahlt die Kosten?

Die AHV ist konfrontiert mit einer immer grösser werdenden Anzahl von Rentnern und der steigenden Lebenserwartung dieser Rentner. Das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern wird weiter sinken. Dieses Demografie-Problem führt zu immer schärferen und lösungerswerenden Umverteilungskämpfen bei der zukünftigen Finanzierung der AHV.

Eine Anhebung des Leistungsniveaus bei der AHV darf nicht erwartet werden. Als Stellschrauben, das finanzielle Gleichgewicht zu wahren, werden immer wieder die Erhöhung des Rentenalters und der Beiträge bzw. ein höherer Staatsbeitrag genannt. Aber solche Erhöhungen können nicht beliebig weitergeführt werden.

Zwar sind auch die Pensionskassen von der Demografie betroffen, aber anders als die AHV-Renten werden die Pensionen aufgrund der längeren Lebensdauer jährlich gekürzt oder durch die Auszahlung des Freizügigkeitskontos wird das Anlagerisiko an den Versicherten weitergegeben. Der die Rentenhöhe bestimmende Umwandlungssatz lässt sich in Liechtenstein (anders als in der Schweiz) relativ einfach senken. Auf Kosten der zukünftigen Pensionäre wird so die Pensionskasse stabilisiert. Dazu kommt, dass wegen den nicht ausreichend finanzierten Pensionen der Leistungsbezüger jährlich eine erhebliche Umverteilung in Millionenhöhe von den Beitragszahlern an die Pensionisten erfolgt.

Neue Lebensmodelle bedingen neue Ansätze

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modelle haben sich seit den 1950er Jahren bei der Einführung der AHV massiv verändert. Die Altersvorsorge geht aber noch von den gleichen Voraussetzungen aus.

Es muss in der Wirtschaft die Möglichkeit geschaffen werden, vermehrt gleitend, also durch Reduzierung des Arbeitspensums, in den Rentenruhestand eintreten zu können.

So wurde etwa versäumt, eine Familien- und Arbeitspolitik umzusetzen, welche es für junge Generationen attraktiv macht, Kinder zu haben. Während die Kosten fürs Alter sozialisiert werden, sind Kinderkosten hauptsächlich Privatsache. Kinder sind das Armutsrisiko Nummer eins. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Erwerb, Betreuung und Erziehung könnte der Frauenanteil in der Erwerbsarbeit erhöht werden, wobei das Erwerbseinkommen über dem Eintrittsschwellwert der Pensionskassen liegen muss, damit dieses rentenbildend ist. Vor allem aber sind gegen die Altersarmut die gesetzlichen Mindestbeitragsätze, die für die Pensionskassen gelten, zu erhöhen.

Es muss in der Wirtschaft die Möglichkeit geschaffen werden, vermehrt gleitend, also durch Reduzierung des Arbeitspensums, in den Rentenruhestand eintreten zu können. Wünschenswert wäre auch, dass es ein Angebot von Teilzeitarbeit für aktive Rentner gibt (als 4. Säule).

Bereits vor mehr als 10 Jahren plädierte der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich für einen Systemwechsel: «Es geht nicht um Geld, sondern darum, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.» Das bedingungsloses Grundeinkommen soll existenzsichernd sein und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, das ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit. Gerade in der aktuellen coronabedingten Wirtschaftskrise hat sich der Ruf danach verstärkt. Natürlich gibt es Diskussionen um die richtige Höhe, um die Wirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft sowie Zweifel, ob eine Finanzierung überhaupt möglich ist. Es ist aber eine neue gesellschaftliche Vision, deren Wirksamkeit natürlich noch zu prüfen sein wird.

Gelingt es uns nicht, einen angemessenen Lebensunterhalt zukünftiger Generationen zu sichern, wird das soziale Gefüge ausfransen und ein weiterer Anstieg des Populismus mit all seinen negativen Folgen wird unvermeidlich sein.



Wer sich die Energiestrategie 2030 (ES2030) der Regierung durchliest, staunt nicht zu knapp. Sie sagt wenig aus, und es gibt so gut wie keine belastbaren Zahlen. Ein Blick in die Energiestatistik bestätigt den Eindruck. Ein Grossteil der eigentlich benötigten Daten wird gar nicht erst erhoben. Öffentlich zugängliche Zahlen zum Energieverbrauch nach Sektoren wie Industrie, Wohnen etc. gibt es nicht. Die ES2030 basiert grossteils auf Abschätzungen, die für die Öffentlichkeit oft nicht plausibel nachvollziehbar sind.

Text von Moritz Rheinberger, rheinberger.moritz@gmail.com

ENERGIESTRATEGIE 2030 – EIN TRAUERSPIEL



Beispiel Wärmedämmung

Unser Gesamtenergieverbrauch liegt laut Energiestatistik 2019 bei 1235 Gigawattstunden pro Jahr (GWh/a). Gemäss Anhang der ES2030 liegt das theoretische Einsparungspotential bei der Wärmedämmung

im Gebäudebereich bei 50 % der heute eingesetzten Energie und beträgt 250 GWh/a. Ergo liegt der gesamte Wärmeenergiebedarf der Gebäude bei rund 500 GWh/a. Woher diese Zahl stammt, wird nicht ausgeführt. Angestrebt wird, von diesen 250 GWh/a Wärmeverlust bis ins Jahr 2030 weitere 20 GWh/a zu reduzieren. Also das, was durch die unvermeidliche Sanierung von Liegenschaften automatisch passieren wird.

Im Gebäudebereich wird auf die «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKE) 2014 als Zielstandard verwiesen. FDP-Ständerat Damian Müller meinte bereits am 23. September 2019 im Ständerat, die CO₂-Emissionsreduktionsziele «würden von den Kantonen deutlich verfehlt, wenn künftig lediglich die MuKE 2014 umgesetzt würden.» Wie sieht das bei uns aus? Tja, wissen wir leider nicht. Denn dazu fehlen uns schlichtweg die notwendigen Zahlen.

Nichts kann plausibilisiert werden, Zieleinhaltungen lassen sich im Detail nicht eruieren. Die ES2030 ist ungenügend und die Energievision 2050 in der Tat ein

(peinliches) Märchen. Es entsteht der Eindruck der energiepolitischen und klimapolitischen Kapitulation seitens der Regierung.

Es ist rätselhaft, wie sich der Landtag und die Stimmbürger*innen mit so etwas zufriedengeben können, wenn man bedenkt, was grundsätzlich im Gebäudebereich möglich wäre.

PlusEnergieBauten – PEB

Ein Gebäude, das dem PEB-Standard entspricht, zeichnet sich dadurch aus, dass es im Jahresdurchschnitt pro Quadratmeter Energiebezugsfläche 1 kWh mehr erzeugt, als es verbraucht. Dazu sind in der Regel eine sehr gute Dämmung, beispielsweise nach Minergie-P- oder Passivhausstandard, und eine ganzflächig integrierte solare Dachanlage notwendig. All das ist Stand der Technik und hat sich auf dem Markt etabliert. In der Schweiz werden jährlich Dutzende solcher PEBs erstellt und die besten unter ihnen mit dem Schweizer Solarpreis ausgezeichnet. Neben Einfamilienhäusern gibt es heute auch PlusEnergie-Mehrfamilienhäuser, Wohnsiedlungen, Firmensitze, Werkhöfe, Supermärkte usw.

Einen neuen Rekord bei den Einfamilienhäusern stellte das mit dem Norman Foster Solar Award 2020 ausgezeichnete PEB-Einfamilienhaus Brunner-Bapst in Waltensburg/GR auf. Es zeichnet sich durch eine beeindruckende Eigenenergieversorgung von 817 % aus. Aber auch ältere Gebäude lassen sich mit einer Sanierung in ein PEB umbauen.



Das perfekt dachintegrierte PV-System mit 48 kW Leistung produziert 40'200 kWh/a Strom. Dank guter Dämmung, effizienten Haushaltsgeräten und LED-Beleuchtung beträgt der Gesamtenergieverbrauch nur 4'900 kWh/a.



Vor der Sanierung betrug der Energieverbrauch dieses Wohnhauses 73'800 kWh/a, nach der Sanierung nur noch 28'300 kWh/a. Dazu produziert die vollintegrierte Dachanlage 30'600 kWh/a.

Dabei sind die Zusatzkosten für eine Photovoltaikanlage nicht mehr übermässig. Basierend auf Offerten kostet ein Solardach im Vergleich zu einem herkömmlichen Dach pro Quadratmeter durchschnittlich etwa 100 Fr. mehr. Mehrfamilienhäuser (MFHs) werden – sofern sie der Jury eingereicht werden – mit dem Migros-Bank-Sondersolarpreis für PEB-MFH ausgezeichnet, wenn sie dem PEB-Standard und der Mietzins nicht höher als quartierüblich ausfällt. Die zusätzlichen Investitionskosten halten sich heute nicht nur in Grenzen, sie werden über die Lebensdauer dank der tieferen Betriebskosten amortisiert und führen unter dem Strich zu preisgünstigerem Wohnen.

Größenordnungen in der Schweiz

Der jährliche Energieverbrauch in der Schweiz liegt bei rund 240 Terawattstunden pro Jahr (TWh/a). Der Gebäudepark, d.h. alle Gebäude der Schweiz zusammen, weist laut Bundesrat 80 % oder rund 90 TWh/a Wärmeverluste auf. Gemäss Bundesamt für Energie liegt das Solarpotential auf den Dächern



Der Gesamtenergieverbrauch dieser Wohnanlage ist mit 130'164 kWh/a bei einer Energiebezugsfläche von 4'385 m² oder 29.8 kWh/am² tief. Die Solaranlagen produzieren 157'766 kWh/a, was die Min. P-Eco/PlusEnergie-Siedlung einen Eigenversorgungsgrad von 123% erreichen lässt. Also grosser umweltgerechter Komfort zu marktüblichen Mieten.



Das Solardach dieses Logistikzentrums in Perlen im Kanton Luzern ist so gross wie die Fläche von sechs Fussballfeldern. Die perfekt ins Dach integrierte 6.4 MW starke Solaranlage produziert 7.33 GWh/a Solarstrom. Das ist mehr als doppelt so viel, wie das Verteilzentrum selbst verbraucht. Zum Vergleich: Liechtenstein weist ein Solarpotential von 150 bis 260 GWh/a aus und will lediglich einen Zubau von 48 GWh/a bis 2030.

bei 67 TWh/a. Der motorisierte Individualverkehr verbraucht rund 50 TWh/a, der Schwerverkehr 15 TWh/a. Mittels Elektromobilität liessen sich davon mind. 60 % (=39 TWh/a) reduzieren. Das heisst, alleine mit PEB und Elektromobilität könnte die Schweiz ihren Verbrauch von 240 TWh/a auf 111 TWh/a senken und 67 TWh/a Solarstrom generieren. Pumpspeicherkraftwerke könnten dabei als Zwischenspeicher für den Solarstrom dienen.

Fazit

Wir sehen, so vieles wäre möglich, wenn man nur wollte. Es liesse sich der Energieverbrauch massiv senken, die Produktion von CO₂-freiem Solarstrom enorm ausbauen, die Auslandsabhängigkeit reduzieren, Geldflüsse ins Ausland reduzieren, die Wertschöpfung im Inland steigern und dabei die Umwelt und das Klima schonen. Aber offensichtlich will die Regierung das alles ganz einfach nicht. Was bleibt, ist der Eindruck der Arbeitsverweigerung.

Die Menschheit schreibt das Jahr 2060. Das vor 40 Jahren überraschend auftauchende Corona-Virus wurde heroisch für besiegt erklärt. Nur wenige Bemühungen, in einem ressourcenausbeutenden Wirtschaftssystem neue Wege zu gehen, haben gefruchtet. Der damals ins Ungleichgewicht geratene Staatshaushalt kämpft auch heute noch mit den Folgen.

Text von Sandra Fausch, sandra.fausch@gmx.ch

DIE ZUKUNFT HAT SO NICHT FUNKTIONIERT

Dem dramatischen Verlust der Biodiversität wurde im Zuge der Rettung der Wirtschaft schlicht keine Bedeutung mehr zugemessen. So wurde der vorhandene Raum über Jahre stetig für weitere Infrastrukturprojekte genutzt. Für die Rheinausweitung war bei der damaligen Abstimmung keine Mehrheit zu gewinnen. Sicherheit vor Lebensraum und Naherholung war das ausschlaggebende Argument. Als Mass des Fortschritts wurde die Technik und Digitalisierung für die Lösung (fast) aller Probleme definiert mit der Konsequenz, keine Affinität für das Analoge mehr aufbringen zu können. Dadurch hervorgerufene Krankheiten, wie z.B. die «Like-Sucht» (Die Suche nach Bestätigung in den sozialen Medien) oder Handysucht sind in der Gesellschaft gegenwärtig ebenso wie Burnout, Angstzustände und Depression. Ah ja und da waren ja einst die UN-Nachhaltigkeitsziele für eine bessere, nachhaltigere Zukunft definiert worden, die bis 2030 hätten erreicht werden sollen. Bis auf wenige Meilensteine, die es zu würdigen gibt, sind die Ziele eben Zielformulierungen geblieben.

Wir haben das Potenzial wunderbare «Glokalisten» zu werden – Menschen mit Wurzeln und Horizont, die das Globale sehen und lokal handeln.

Wir hier können beispielsweise damit beginnen, die vorherrschenden Rollenbilder zu überdenken, Lohngleichheit zu schaffen und Fremdes nicht als befremdlich anzusehen.

Gut sind wir (noch) nicht in dieser Zukunft angekommen. Wir schreiben das Jahr 2020 und sind mit einer herausfordernden Zeit konfrontiert. An angenommenen Herausforderungen können wir allerdings wachsen und Selbstwirksamkeit erfahren. Die Pandemie erinnert uns derzeit nur erneut daran, uns die Frage nach unserem Naturverhältnis zu stellen und regt dazu an das globale Wirtschaftssystem und die Werkzeuge, die es bietet, zu hinterfragen. Die Zukunft ist das Produkt dessen, wie wir sie gestalten, hat der Zukunftsforscher Matthias Horx am Digitaltag Liechtenstein 2020 treffend zum Ausdruck gebracht. Im Wissen darüber, haben wir die Verantwortung aber ebenso die Gestaltungsfreiheit, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Wirtschaft funktioniert, die Natur intakt bleibt und der Mensch sich entfalten kann.



Mit rationalem denken und emotionaler Intelligenz, so bin ich der Überzeugung, werden wir die Herausforderungen meistern und 2060 ein anderes Bild zeichnen. Wir haben das Potenzial wunderbare «Glokalisten» zu werden – Menschen mit Wurzeln und Horizont, die das Globale sehen und lokal handeln. Global erleben wir einen drastischen Rückgang der Arten. Unser Beitrag könnte unter anderem die Schaffung von Klein- und Grossstrukturen als Lebensraum für diverse Arten sein. Global erleben wir zunehmend soziale Spannungen in der Gesellschaft. Wir hier können beispielsweise damit beginnen, die vorherrschenden Rollenbilder zu überdenken, Lohngleichheit zu schaffen und Fremdes nicht als befremdlich anzusehen. Ebenso können wir weiterhin das bedingungslose Grundeinkommen in den Diskurs stellen, um uns zumindest mit dem Wert von Arbeit auseinanderzusetzen in der Frage von gerechten Löhnen und stetigem Wirtschaftswachstum. Bestenfalls entpuppt sich ein lokaler Testlauf sogar als zukunftsfähig. Was dann? Als agiler Kleinstaat sollte es uns leicht fallen, neue Ansätze zu erproben. Fassen wir den Mut dazu.

Zu meiner Person

Als Umweltingenieurin und Co-Geschäftsleiterin der Organisation «Ackerschaft» engagiere ich mich, insbesondere mit dem Bildungsprogramm GemüseAckerdemie, für eine Generation, die weiss, was sie isst. Mit Laptop, Gummistiefel, Spass und der Leidenschaft fürs Gemüse, möchte ich durch meine Arbeit zu einer nachhaltigeren Gesellschaft beitragen. Als persönliche Gemüsegärtnerin, plane und lege ich Gemüsegärten direkt zu Hause an. Damit möchte ich bei meinen Kunden nicht nur die Liebe für das Gemüse entfachen, sondern auch die Wertschätzung für Lebensmittel steigern sowie ein besseres Verständnis für Ökosystemleistungen schaffen. Gleichzeitig leiste ich einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der Biodiversität im Siedlungsraum. Damit werde ich meinem Anspruch gerecht, sinnstiftend zu wirtschaften. Der Mehrwert für andere wird zum Mehrwert für mich persönlich.
www.ackerschaft.li
www.gemuesegarten.li

Warum wir jetzt die Chance nutzen müssen, gerechte und humane Strukturen zur Existenzsicherung aller zu schaffen und was Kunst und Kultur mit unserer inneren Überlebensfähigkeit zu tun hat.

Text von Manuela Haldner-Schierscher, manuela@haldner.li

«STELL DIR VOR, DU BIST AUCH DER ODER DIE ANDERE»



Die auf dem Etikett von Yogi-Teebeuteln aufgedruckten Lebensweisheiten sind launige Unterhaltung und beinhalten im besten Fall auch sinnstiftende Aussagen. Eine davon lautete: «Stell dir vor, du bist auch der oder die Andere». Ein kurzer Satz, der den Willen ausdrückt, ein echtes Interesse an der Lebensrealität anderer Menschen zu haben, sich einzufühlen in deren Situation und dennoch bei sich selbst zu bleiben.

Dies sind unerlässliche Eigenschaften und Fähigkeiten, speziell für Politiker*innen. Sie haben Entscheidungen zu treffen, die sich am Gemeinwohl orientieren und der ganzen Gesellschaft zugute kommen sollen. Zudem ist es ein Statement gegen die egoistische Wachstumsgesellschaft. Eine Politik, die sich einseitig auf Wirtschaftswachstum, Wohlstandsoptimierung und Eigenverantwortung fokussiert, jedoch sozial-, umwelt- und kulturpolitische Bereiche stiefkindlich behandelt, kommt ihrem gesamtgesellschaftlichen Auftrag nicht nach. Von zukunftstauglich gar nicht zu reden. Die Coronakrise offenbart nun global und national die krassen Mängel in der Umverteilung. Die gute Nachricht ist, jede Krise geht irgendwann wieder vorbei. Auch die Coronakrise. Und dann? Wollen wir dann wirklich wieder zur alten «Normalität» zurückkehren? Business as usual, weitermachen wie bisher?

Die Coronakrise hat deutlich offenbart, dass die libertären Aufforderungen wie «empower dich selbst, sei für dich selbst verantwortlich und schau zu, dass du nach vorn gelangst» oder «wer sich nur genug anstrengt, hat auch Erfolg» vielen Menschen, die mit immensen Herausforderungen zu kämpfen haben, nicht gerecht werden. Solche Aufforderungen tönen wie Hohn, vor allem für diejenigen, denen gerade als Folge dieser Krise weite Teile ihrer finanziellen Lebensgrundlage wegbrechen, aber auch für jene, die sich schon vor der Coronakrise täglich

Sorgen machen mussten, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen und denen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus finanziellen Gründen erschwert oder verunmöglicht wurde. Und weitere Kategorisierungen kommen zutage. Es gibt Finanzspritzen für bestimmte Branchen, die aufgrund der Krise Gefahr laufen, in den wirtschaftlichen Abgrund zu geraten, während andere, denen diese Gefahr auch droht, durch die Maschen fallen. Die Diskussion, wer nun systemrelevant sei, wird geleitet durch die Wahrnehmung und Bewertung über die Wichtigkeit dieser Branchen für die Wirtschaft.

Die Coronakrise zeigt Mängel im System der sozialen Sicherheit auf. Auch im wohlhabenden Land Liechtenstein leben (vor allem) Frauen und Kinder und auch Männer, die aus unterschiedlichsten Gründen von relativer Armut betroffen oder armutsgefährdet sind. Mittels eines längst überfälligen nationalen Armutsberichtes könnten dazu konkrete Daten erhoben werden. Es ist zu befürchten, dass die Pandemie dieses Risiko, von Armut betroffen zu werden, verschärfen wird. Und dass mehr Menschen angewiesen sein werden auf Ergänzungsleistungen und auf Sozialhilfe, als unterstes Auffangnetz der Existenzsicherung. Doch diese soziale Absicherung erreicht längst nicht alle, für die sie gedacht wäre, das hat sich bereits vor der Coronakrise gezeigt.

Véréna Keller, emeritierte Professorin für soziale Arbeit, Lausanne, gab in der Ausgabe der «woz» vom 5. November ein bemerkenswertes Interview und führt aus, weshalb dem ihrer Meinung nach so ist. Sie kritisiert, dass die Sozialhilfe «entwürdigend, bürokratisch und unfreundlich ist» und «dass das Grundübel ist, dass sie mit Zwang und Diskriminierung verbunden ist».

Armut ist auch ein politisches Strukturproblem. Ich sehe es als Aufgabe der Politik, zu erheben, aus welchen Gründen die Sozialhilfe und andere Unterstützungsmassnahmen zur Existenzsicherung nicht allen, die darauf angewiesen wären, zugänglich sind. Wir müssen die Chance nutzen, neue Modelle der Existenzsicherung denken und zu diskutieren, um für den gesellschaftlichen Wandel, auch unter dem Aspekt der Digitalisierung, gerüstet zu sein. Gemeinsam Konzepte zu entwickeln, die die Existenzsicherung für alle zugänglicher, gerechter und deshalb humaner macht.

Neuausrichtung der Sozialhilfe – Ein Modellvorschlag aus der Schweiz

Der Thinktank Denknetz publizierte im «Caritas-Jahrbuch 2020» einen Vorschlag für eine grundlegende Neuausrichtung der Sozialhilfe. Sie plädieren für eine bedarfsabhängige Existenzsicherung für alle. Diese orientiert sich am Modell der bestehenden Ergänzungsleistungen und würde die heutige Sozialhilfe ersetzen. Das Modell ist nicht mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu verwechseln: Wenn das Total der anrechenbaren Einkommen eines Haushalts

«Nutzen wir die Chance, neue Modelle der Existenzsicherung zu denken und zu diskutieren, um für den gesellschaftlichen Wandel, auch unter dem Aspekt der Digitalisierung, gerüstet zu sein und um die Sicherung des Lebensunterhaltes zugänglicher, gerechter und deshalb humaner zu machen.»

die anerkannten Ausgaben (Lebensbedarf, Mietkosten sowie medizinische Grundversorgung) nicht deckt, wird das Einkommen entsprechend ergänzt, unabhängig vom Grund für das tiefe Einkommen.

Was haben Kunst und Kultur mit unserer inneren Überlebensfähigkeit zu tun?

Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind ohne Zweifel notwendig. Allerdings verunmöglichen sie es zahlreichen Kunst- und Kulturschaffenden, ihre Arbeiten zu präsentieren oder aufzutreten. Sie müssen auf allen Ebenen kämpfen, dass die unmittelbare Relevanz ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft anerkannt wird, müssen gar rechtfertigen, weshalb sie Geld brauchen, um zu überleben. Das ist mehr als stossend. Da können sie sich im Rahmen der derzeitigen Möglichkeiten noch so «empowern», es wird nicht reichen. Von Richard von Weizsäcker stammt das Zitat: «(...) Kultur ist kein Luxus, den wir uns leisten oder nach Belieben streichen können, sondern der geistige Boden, der unsere innere Überlebensfähigkeit sichert.» Kunst- und Kulturschaffende haben nicht nur die Aufgabe, zu unterhalten, sondern auch unbequem zu sein, sich unabhängig, anarchisch und schmerzhaft in unsere Denk- und Lebensweisen zu bohren und diese in Frage zu stellen. Sie sollen hinterfragen und Perspektiven eröffnen.

Es ist eine grosse Aufgabe und Verantwortung der Politik, die äussere und die innere Überlebensfähigkeit der Menschen zu wahren und sicherzustellen. Ein Landtag, der wohl Millionen an Unterstützungsgelder für die Wirtschaft spricht, eine Mehrheit für die Erhöhung der Kulturförderung wenn auch knapp, aber doch verfehlt, kommt seiner Verantwortung nur ungenügend nach.

Die AHV befindet sich in einer komfortablen Situation, die wohl weltweit einzigartig ist. Ende 2019 befanden sich knapp 3,3 Milliarden Franken auf der hohen Kante. Diese 3'300'000'000 Franken reichen aus, alle AHV-Renten während fast 11 Jahren zu bezahlen, wenn während dieser Zeit niemand auch nur einen einzigen Franken einbezahlen würde. Dennoch steht die Altersvorsorge – nicht nur die AHV, sondern vor allem auch die Pensionskassen – vor grossen Herausforderungen.

Text von Thomas Lageder, thomas.lageder@landtag.li

AHV ODER PENSIONSKASSE? BEIDES!

Die Bevölkerung wird immer älter und die «risikolos» am Markt erzielbaren Renditen sind bei Null oder gar im negativen Bereich. Das bedeutet für die AHV, dass immer weniger Menschen – das Wachstum bei der Zuwanderung und den Pendlern ausgeschlossen – für immer mehr Menschen, sprich Rentner aufkommen müssen und der Kapitalmarkt potentiell einen geringeren Beitrag liefert. Für die Pensionskassen wird es immer schwieriger, die nötige Rendite zu erzielen, um das Rentenniveau zu halten, was sich in sinkenden Umwandlungssätzen niederschlägt und unter dem Strich zu geringeren Pensionen führt.

Es muss also etwas getan werden, das ist unbestritten. Was aber dringend vermieden werden sollte, ist eine eindimensionale Sicht rein auf die AHV. Denn die Altersvorsorge besteht eben aus drei Pfeilern: AHV, Pensionskasse und privates Sparen. Am Ende ist es wesentlich, dass aus diesen drei Geldquellen ein würdiges Leben im Alter finanziert werden kann. Darauf muss der Fokus gerichtet werden.

Gegenwärtig wird heiss diskutiert, wie die AHV nachhaltig gesichert werden kann. Das ist richtig und wichtig. Es wird aber eben nur über die AHV diskutiert und das greift viel zu kurz. Das viel heissere Eisen sind nämlich die Pensionskassen. Wurde bei der AHV der Staatsbeitrag von 54 Mio. Franken jährlich auf 30 Mio. Franken gekürzt – die Regierung wollte eigentlich sogar nur 20 Mio. Franken – sollen nun die Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer um 0.18 Prozentpunkte erhöhte werden und eine Einmaleinlage von 100 Mio. Franken investiert werden. Das ist ja nicht viel, könnte man sagen. Die Frage sollte aber

doch sein: Was haben wir als AHV-Versicherte davon? Die Antwort ist so trivial wie die Frage: Persönlich hat niemand etwas davon, die Rente bleibt gleich hoch, jeder bezahlt einfach etwas mehr. Dafür bleibt der Kapitalstock etwas länger erhalten.

Würden hingegen die Beiträge an die Pensionskasse erhöht, die sich im Minimum bei 4 Prozent Arbeitgeber und 4 Prozent Arbeitnehmer, also total 8 Prozent befinden, dann hätten wir als Versicherte etwas davon, nämlich höhere Renten, wenn die Bedingungen gleichbleiben.

Ein Rechenbeispiel:

Bei einem Monatslohn von 5'000 Franken und Sparbeiträgen von 8 Prozent resultiert bei 40 Beitragsjahren und einem unterlegten Lohnwachstum von jährlich 0.5 Prozent sowie einer Verzinsung des Kapitals von 1 Prozent eine monatliche Altersrente von 1'191 Franken. Würden nun die Sparbeiträge nur schon auf 10 Prozent erhöht, würde unter den gleichen Bedingungen eine monatliche Altersrente von 1'489 Franken resultieren. Das sind 298 Franken oder 25 Prozent mehr pro Monat. Das kann sich sehen lassen!

Kurzum, jeder zusätzliche Franken, der mehr in die Pensionskasse eingezahlt wird, hat eine direkte Auswirkung auf die Höhe der Rente im Alter. Die Sparbeiträge sind bei der Pensionskasse eben rentenbildend, bei der AHV nicht. Dass eine Erhöhung der Sparbeiträge mehr als angezeigt wäre, beweist auch ein Vergleich mit der Schweiz. Dort werden während 40-jähriger Beitragsdauer im Schnitt

12.5 Lohnprozente in die Pensionskasse einbezahlt. Dass nun Schweizer einen teureren Lebensunterhalt als Liechtensteiner hätten, wäre mir nicht bekannt, es ist wohl eher das Gegenteil der Fall. Es ist mir nicht erklärlich, wie wir Liechtensteiner es uns leisten können, die Altersvorsorge bei der Pensionskasse dermassen zu vernachlässigen und wir uns im Gegensatz dazu vermeintlich dermassen Sorgen um die AHV machen.

Der Staatshaushalt wurde auch auf Kosten der AHV saniert, das schleckt keine Geiss weg. Die Schweiz leistet rund 20 Prozent der Kosten der AHV über Staatsbeiträge, Liechtenstein gerade einmal gut 5 Prozent. Eine stärkere Beteiligung der öffentlichen Hand, sprich am Ende des Tages der Steuerzahler, tut also Not. Auch dahingehend, dass dadurch nicht Geringverdiener ohne return on investment stärker belastet werden, sondern primär die Steuern von Unternehmen und Gutverdienenden für die AHV verwendet werden. Das nennt sich Solidarität. Hingegen wäre das Geld der Arbeitnehmer*innen viel besser in der Pensionskasse angelegt, denn dort würden höhere Renten gerade für diejenigen resultieren, die es am nötigsten haben, nämlich Personen mit geringen Löhnen, die meist auch nur mit den minimalen Beiträgen versichert sind. Es ist nämlich so, dass es wohl keinen Manager gibt, der lediglich Sparbeiträge von 4 plus 4 bezahlt. Viel mehr ist es so, dass sich dort vor allem die Arbeitgeber viel stärker an der Pension beteiligen müssen, das diktiert der Markt. Die Erhöhung der minimalen gesetzlichen Sparbeiträge unter stärkerer Beteiligung der Arbeitgeber

würde sich also anbieten, um die Altersvorsorge nachhaltig auf eine stabilere Grundlage zu stellen. Wichtig ist weiter, dass die höheren Beiträge an die Pensionskasse von der Erwerbssteuer über die Steuererklärung in Abzug gebracht werden können. Unter dem Strich würden also kaum Kosten für die Arbeitnehmer*innen entstehen. Sehr wohl aber eine höhere Rente, respektive eine bessere Altersvorsorge generell, und das muss doch das erklärte Ziel sein.

Kurzum, jeder zusätzliche Franken, der mehr in die Pensionskasse eingezahlt wird, hat eine direkte Auswirkung auf die Höhe der Rente im Alter. Die Sparbeiträge sind bei der Pensionskasse eben rentenbildend, bei der AHV nicht.



Bevor mein Mann und ich uns entschieden haben, eine Familie zu gründen, haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie wir unser Familienmodell gestalten möchten. Beiden war wichtig, dass ein Elternteil zumindest im ersten Jahr zu Hause das Kind betreuen kann. Da mein befristeter Vertrag an der Primarschule in Gamprin auf Ende Schuljahr auslief, und ich mich sehr auf die Aufgabe freute, war klar, dass ich diesen Part übernehmen würde.

Text von Nadine Gstöhl, nadine.walser@li-life.li

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF – EIN KINDERSPIEL?

Aus einem Jahr wurden drei Jahre, bis unsere zweite Tochter zur Welt kam. Nach weiteren fast zwei Jahren begann ich mir Gedanken zu machen, wieder in die Arbeitswelt einzusteigen. Kein leichtes Unterfangen, denn zum einen werden an den Primarschulen meist nur im Sommer auf das kommende Schuljahr Stellen neu besetzt und zum anderen werden fast ausschliesslich Anstellungen zwischen 60 und 100 Prozent ausgeschrieben, was mir damals mit zwei kleinen Kindern zu hoch war.

Durch einen glücklichen Zufall entdeckte ich ein Stellenangebot von 10 Prozent als Hortperson der Tagesschule in Vaduz. Dadurch konnte ich zumindest wieder Fuss fassen und wusste, dass das vielleicht ein Türöffner sein könnte. So war es dann auch. Ich bewarb mich für die 60-Prozent-Stelle an der Tagesschule in Vaduz, an der ich bereits einige Monate als Hortperson gearbeitet hatte. Mein Mann reduzierte sein Pensum, so dass wir unsere Kinder nach wie vor selbst betreuen konnten. Es wurde mir jedoch am Bewerbungsgespräch auch deutlich gemacht, dass ich in naher Zukunft auf 80 bis 100 Prozent aufstocken sollte. Diese als Familie weitreichende Entscheidung mussten wir nicht mehr treffen, da ich ein paar Monate später mit unserem dritten Kind schwanger wurde und ich den befristeten Vertrag auslaufen liess.

Leider ist es in Liechtenstein als Primarschullehrperson sehr schwierig, ein Kleinpensum zwischen 20 und 40 Prozent an einer Gemeindeschule zu erhalten. Wenn der zweite Elternteil zu 100 Prozent arbeiten geht, wäre aber genau dies für viele ein

leistbares Pensum, sowohl zeitlich als auch finanziell. Schaut man zu unseren Nachbarn in die Schweiz, ist die Ausgangslage um einiges besser. Viele Schulen suchen auf Stellenportalen neben Vollzeitlehrpersonen auch Personal für kleine Pensen, oft zwischen 4 und 10 Lektionen. Heute schon hätte ich die Möglichkeit, mich für eine entsprechende Stelle auf das kommende Schuljahr über dem Rhein zu bewerben. Dieser attraktivere Arbeitsmarkt kann eine Abwanderung qualifizierter Lehrpersonen in die Schweiz begünstigen und kann nicht in unserem Interesse sein.

Aber in Liechtenstein wird bewusst in Kauf genommen, dass geschätzte und erfahrene, zumeist weibliche Lehrpersonen künden und somit für kurz oder lang ganz aus dem Berufsleben ausscheiden. Ein Wiedereinstieg gestaltet sich erfahrungsgemäss schwieriger. Ziel müsste es sein, wenn immer möglich, Lehrpersonen im Dienst zu halten und ihnen die Möglichkeit zu geben, das Pensum schrittweise zu

Ich wünsche mir, dass jede Familie ihr bevorzugtes Familienmodell leben kann.



erhöhen. Der minimale administrative Mehraufwand würde sich in vielerlei Hinsicht auszahlen und meiner Ansicht nach sollte gerade der Staat in dieser Sache als gutes Vorbild vorangehen.

Generell gewann das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung und für viele Familien stellt dies nach wie vor grosse Herausforderungen. War früher unbestritten, dass der Vater arbeiten geht, um die Familie zu ernähren, und die Mutter zu Hause bleibt und sich um die Kinder und den Haushalt kümmert, stellen sich heute ganz andere Fragen: Wer geht mit welchem Pensum arbeiten? Wo bleiben während dieser Zeit die Kinder? Wie belastet die getroffene Entscheidung die gemeinsame Haushaltskasse?

Ich wünsche mir, dass jede Familie ihr bevorzugtes Familienmodell leben kann. Dafür braucht es unter anderem vermehrt Teilzeitstellen und finanzielle Entlastung für die Kinderbetreuung – sei es für die Betreuungsarbeit zu Hause als auch für die Fremdbetreuung. Schliesslich würde die Einführung einer bezahlten Elternzeit von vier Monaten das Angebot optimal abrunden. Das erste Jahr eines Kindes ist für seine Entwicklung und seine Bindung besonders zu seinen Eltern enorm wichtig. Diese intensive Zeit stellt die Weichen für die Zukunft.

Und höre da...

Bei der Landtagssitzung vom 1. Oktober im Rahmen der AHV-Debatte erläuterte unser Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, was bezüglich Vaterschafts- und Elternzeit aufgrund der EU-Beschlüsse

für Liechtenstein zu erwarten sein wird. Der Vaterschaftsurlaub von 10 Tagen wird kommen und auch einen angemessen bezahlten Elternurlaub von zwei Monaten soll es neu geben. Dahingehende Veränderungen sind schon längst überfällig, aber in Liechtenstein hält man lieber bequem an alten Strukturen fest, bis der Druck von aussen kommt und Handeln unausweichlich wird.

Nichtsdestotrotz sind dies sehr erfreuliche Nachrichten, denn die bis anhin gesetzlich geregelten vier Monate unbezahlte Elternzeit ist für viele Paare nicht leistbar und können somit nur Haushalte mit höherem Einkommen beziehen.

Sehr enttäuschend ist jedoch, dass echter politischer Wille, diese Thematik proaktiv anzugehen, nicht erkennbar ist. Selbstredend zeigt sich dies unter anderem darin, dass die im Februar 2020 eingereichte Interpellation der Freien Liste bezüglich Finanzierung einer bezahlten Elternzeit erst nach Ablauf der Frist beantwortet wurde.

Die Zeit für die Einführung einer zeitgemässen und finanzierbaren Elternzeit in Liechtenstein ist reif. Lasst uns mutig die Weichen für die Zukunft unserer Familien stellen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein Kinderspiel!

In der Gebirgslandschaft des Rätikons könnte ein internationaler Naturpark entstehen. Er soll die Natur- und Kulturlandschaft in Liechtenstein, im Prättigau und in Vorarlberg umfassen. Was ändert sich, wenn ganz Liechtenstein zum Naturpark Rätikon gehört?

Text von Andrea Matt, andrea.matt@supra.li

KENNEN SIE DEN INTERNATIONALEN NATURPARK RÄTIKON?

Wer «Naturpark» liest, denkt an eine herrliche Gegend, in der man Ferien machen möchte. Man stellt sich eine fotogene Kulturlandschaft vor, die zwar durch die Arbeit der Menschen entstanden ist, in der es jedoch immer noch wertvolle Naturräume mit einer Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten gibt. Die Rätikon-Landschaft ist eine solche Landschaft. Sie könnte ein Naturpark werden und mit ihr ganz Liechtenstein, weil es das Tor zum Rätikon ist und Steg mit seiner Walsersiedlung, dem Saminatal und Valüna Vorzeige-Kultur- und Naturräume sind. So wie viele Gebiete rund um Malbun.

Doch genau dort nimmt der Freizeittourismus stark zu. Denn immer mehr Menschen nutzen schöne Naturräume zur Erholung. Wenn sich jedoch immer mehr Menschen an den schönsten Orten aufhalten, müssen wir diese Orte vor Übernutzung schützen. Ein Naturpark fördert deshalb nicht nur den Tourismus, sondern schafft auch Verständnis für ein Verhalten, das auf die Natur Rücksicht nimmt.

Kann die Bevölkerung ihre Ideen einbringen?

«Das ganze Land soll Naturpark werden und an einem Strang ziehen. Das Projekt kann nur erfolgreich sein, wenn die ganze Bevölkerung mitmacht», sagt Manuel Beck, Produktentwickler Berggebiet von Liechtenstein Marketing. Doch obwohl aktuell an den Inhalten, der Organisation und der Finanzierung des Naturparks geplant wird und nächstes Jahr der Verein «Naturpark Rätikon Liechtenstein» gegründet werden soll, ist das Projekt in der Bevölkerung kaum bekannt.

Ein Internationaler Naturpark Rätikon ist eine Chance, das Nutzen und Schützen unserer Landschaft in eine gute Balance zu bringen.

Das müsste sich dringend ändern. Doch genau das unterlässt die Regierung. Sie und die Gemeinden finanzieren ein Projekt, tun aber das nicht, was für seine Akzeptanz notwendig ist. Möchte man nur so tun, als sei der Naturpark ein Herzensanliegen? Ohne es ernsthaft zu wollen?

Naturpark ohne Umweltbildungszentrum?

Ob ein «echter» Naturpark gewünscht wird, lässt sich an den Zielen erkennen. Ein Umweltbildungszentrum ist nicht in Planung. Obwohl Liechtenstein noch keines hat und die «praxisbezogene Umweltbildung für verschiedene Zielgruppen innerhalb und ausserhalb des Parks» eigentlich zu den strategischen Zielen eines Naturparks gehört. Andere Ideen des Konzepts, zum Beispiel Naturparkwochen für Schulen oder ein Naturparkkindergarten könnten von einem Umweltbildungszentrum profitieren.

Wenn sich jedoch immer mehr Menschen an den schönsten Orten aufhalten, müssen wir diese Orte vor Übernutzung schützen.

Passt das Langlaufzentrum zum Naturpark-Konzept?

Wie ernst es der Politik mit dem Naturpark-Projekt ist, zeigt sich auch am neuen Langlaufzentrum, das im Steg entstehen soll. Ein Problem ist der Schnee, den es aufgrund des Klimawandels nicht mehr zuverlässig gibt. Deswegen sollen die Loipen mit kühlem Wasser aus dem Valünabach beschneit werden. Der Finanzierungsantrag vermittelt den Eindruck, das Projekt sei naturverträglich, es habe einen Einbezug der LGU gegeben. Der Eindruck täuscht. Die LGU hat darauf hingewiesen, dass eine negative Wirkung durch die geplanten Wasserentnahmestellen nicht auszuschliessen sei und die Wirkung genau untersucht werden müsse.

Zudem ist absehbar, dass die Loipen mittelfristig auch mit einer Beschneigung nicht zu erhalten sind, weil die Winter wärmer werden. Wird die Regierung in ihrem Antrag an den Landtag auf die Beschneigungs-Problematik eingehen? Wird sie prüfen, ob das Konzept zum Naturpark-Projekt passt?

Ein Internationaler Naturpark Rätikon ist eine Chance, das Nutzen und Schützen unserer Landschaft in eine gute Balance zu bringen. Wenn die Interessen von Landwirtschaft, Gewerbe, Tourismus und Naturschutz in gleicher Weise berücksichtigt werden, kann es gelingen. Aktuell besteht der Eindruck, die Natur diene den anderen. Sobald sich das ändert und vom achtsamen Umgang mit den Naturwerten nicht nur gesprochen, sondern er auch real gelebt wird, kann ich das Naturpark-Projekt mit ganzem Herzen unterstützen.



Kunst und Kultur sind nicht nur blosser Unterhaltung, die wir konsumieren können, wenn wir gerade Lust haben. Beides wird von Menschen geschaffen, die ihr Leben der Kunst gewidmet haben und damit zumindest einen Teil ihres Lebensunterhalts bestreiten. Sie tragen so zu einem unverzichtbaren Teil für eine offene und demokratische Gesellschaft bei.

Text von René Hasler, naha@gmx.li

EINE VIELFÄLTIGE KULTURLANDSCHAFT BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG

Kunst und Kultur leben von Freiräumen, damit sie abseits eingefahrener Pfade Neues denken, Experimente wagen und die gesellschaftliche Wirklichkeit kritisch abbilden können. Deshalb ist es wichtig, dass sie keinen staatlichen Vorgaben unterliegen. Kunst hat keinen moralischen Auftrag zu erfüllen und sie muss sich nicht rechnen, um gut zu sein.

Mein Verständnis von Kulturpolitik beruht darauf, dass Kultur ein elementarer Bestandteil unseres Zusammenlebens ist, Kulturplätze sind wichtige Treffpunkte und dienen dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine vielfältige Kultur, die in ihren Ausdrucksformen gleichberechtigt nebeneinandersteht, halte ich für existenziell. Verschiedenheiten dürfen nebeneinander bestehen. Eine Kulturpolitik, die vorrangig und allein wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt, ist abzulehnen. Alle brauchen angemessene Rahmenbedingungen, um sich entfalten zu können, ob dies HipHopper oder Chormusiker*innen, Kabarett oder Volkstheater sind.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft wird massgeblich geprägt von zahlreichen Kleinstunternehmern*innen und Soloselbstständigen, die kreativ und selbstbestimmt arbeiten. Sie sind abhängig von Auftritten und Aufträgen. Wie fragil dieses System ist, hat sich gerade in der Corona-Zeit eklatant gezeigt. Eine Unterstützung des Staates zu ihrer finanziellen Absicherung ist notwendig. Die soziale Lage von Künstler*innen und Kreativen könnte z.B. durch Beiträge in die Sozialversicherungssysteme verbessert werden. Denn Sorge um die eigene Existenz macht nicht kreativ, sondern lähmt.

Das Kulturangebot in Liechtenstein ist geprägt von einigen grösseren Kulturinstitutionen und kleineren Anbietern.

Die «Grossen» wie z.B. TaK, Landesmuseum, Kunstmuseum, gefördert durch angemessene staatliche Beiträge, sind in der Regel finanziell gut ausgestattet und sind in der Lage ansprechende Löhne und Gagen zu zahlen. Sie richten ihr Angebot oft nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Sie bieten das, was sich gut verkaufen lässt (TaK) oder für welche Kunst namhafte Sponsoren gefunden werden können (Landesmuseum). Dabei ist es ihnen oft egal, ob sie mit ihrem, eingekauften Angeboten in die Nischen der kleineren Anbieter eindringen.

Die Kleinen wie Tangente, Schösslekeller, k-bum usw. leisten einen wichtigen Beitrag für die Vielfalt und Lebendigkeit unseres Kulturangebots. Sie werden am Leben erhalten durch das Engagement Freiwilliger, die zum grossen Teil unbezahlte Arbeit

Denn Sorge um die eigene Existenz macht nicht kreativ, sondern lähmt.



René Hasler ist im Kulturbereich vielseitig engagiert: Er ist Vice-Präsident von visarte, dem Verband bildender Künstler; er gehört zum Führungsteam des Schösslekellers; ist Mitglied beim Josef Gabriel von Rheinberger-Preisgericht sowie der IG Kunst u. Kultur und er ist ehemaliges TAK Aufsichtsratsmitglied.

leisten. Finanziert werden sie zu einem Teil aus Geldern der «Kulturstiftung» und Sponsoren, zum andern Teil sind sie auf Eintrittsgelder und Barverkäufe angewiesen.

Ich möchte unsere vielfältige kulturelle Infrastruktur bewahren, dies ist meiner Ansicht nach aber nur dann möglich, wenn alle Mitspieler sich absprechen und in der Regel in ihren «Kerngeschäften» bzw. spartenbezogenen Angebote bleiben. Einen Verdrängungskampf um die zahlenden Zuschauer sollte es nicht geben. Es ist zu befürchten, dass für die Kleinen nur noch «Brotkrumen» übrigbleiben, davon kann langfristig kein Veranstalter leben. Hier muss es ein Bekenntnis des offiziellen Kulturlands Liechtenstein zu mehr Vielfalt und vor allem zum Erhalt der Vielfalt geben. Leistungsvereinbarungen sind dementsprechend zu formulieren.

Teilhabe an Kultur muss unabhängig von Einkommen und sozialem Hintergrund ermöglicht werden. Deshalb sollten alle Einwohner*innen freien Eintritt in die vom Staat institutionell geförderten Museen erhalten.

Die Aktion «KulturLegi» der Caritas z.B. ist zu unterstützen. Sie bieten einen Ausweis für Menschen mit knappem Budget an. Eintritte für kulturelle und sportliche Institutionen werden damit bis zu 70 % günstiger. Dieses Angebot sollte ausgebaut und die Anbieter finanziell entschädigt werden.

Kulturförderung im Sinne der Freien Liste

Als Vertreter der Freien Liste setze ich mich dafür ein, dass neben den klassischen Kulturinstitutionen wie Theater und Museen auch kleinere Initiativen, interkulturelle Projekte und Jugendkultur ausreichend gefördert werden.

Ich möchte die soziale Lage von Künstler*innen und Kreativen verbessern und dafür sorgen, dass Kulturschaffende und Kreative angemessen finanziell entschädigt und ausreichend abgesichert sind.

Der Staatsbeitrag an die Kulturstiftung ist namhaft zu erhöhen. Das Reglement der Kulturstiftung ist dahingehend abzuändern, dass Beiträge an kulturelle Infrastruktur geleistet werden können.

Damit einher geht die Forderung nach Vergünstigung der Eintrittspreise, damit Menschen mit einem tiefen Einkommen an Kulturveranstaltungen teilnehmen können.

Ob es nun um soziale Themen oder um Klimaschutz geht, es sind vor allem junge Menschen – vielfach auch unter 18-Jährige –, die auf die Strasse gehen, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Sie werden meist dennoch nicht gehört. Das wollen wir ändern.

Text von Ilea Batliner, ilea.batliner@uzh.ch

ERSTE ERFAHRUNGEN MIT DER PETITION



Ilea Batliner studiert in Zürich und engagiert sich gemeinsam mit der Jungen Liste für Wahlalter 16

Uns als Jungpartei ist die aktive Förderung der Beteiligung der Jugend an der Politik selbstverständlich wichtig. Das Bemühen um eine Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre liegt deshalb nahe. Aus ebendiesem Grund bevorzugten wir als Junge Liste eine Petition gegenüber einer Volksinitiative. Das Bedürfnis der unter 18-Jährigen, sich politisch zu beteiligen, soll von ihnen selbst unterschrieben – nicht vorgeschrieben werden.

Nach den internen Diskussionen bei den wöchentlichen Treffen der Jungen Liste und der Präsentation der Petition an der Generalversammlung war ein ers-

ter Schritt die Ausformulierung des Petitionstextes (siehe <https://www.freieliste.li/index.php/partei/junge-fl/>). Ruben Rauter, Mitverfasser des Textes, meint: «Bei der Recherche für den Text bin ich auf einige Argumente gestossen, die wir in der JL noch gar nicht diskutiert hatten. Vor allem überrascht hat mich aber, dass zum Beispiel in der Schweiz das Wahlalter 16 schon seit langem – fast 20 Jahren – immer wieder thematisiert wird.»

Am 6. Oktober startete dann der bisher spannendste und wichtigste Teil der Petition: das Sammeln der Unterschriften. Um zu Beginn schon möglichst viel Aufmerksamkeit zu generieren, haben wir das Startdatum der Petition an alle Liechtensteiner Medien kommuniziert. Interviews mit Mitgliedern der Jungen Liste waren in beiden Landeszeitungen zu lesen, im Radio zu hören und im Fernsehen zu sehen.

Bisherige Erfahrungen beim Sammeln der Unterschriften:

Samuel Schurte (22):

«Es ist natürlich schön, wenn Leute direkt unterschreiben, weil sie sich schon damit befassen haben, und es eine gute Idee finden, am meisten freue ich mich aber über die Unterschriften, die wir nach einer Diskussion bekommen. Ich hatte jetzt schon einige Erfahrungen mit Frauen und Männern, die sich erst lauthals gegen die Idee ausgesprochen haben und nach unserem Gespräch meinten: <Stimmt, du hast recht. Gib mir den Zettel – macht weiter so.> Genau das war ja auch einer der Gründe, weshalb wir uns für die Form der Petition entschieden haben – natürlich mit dem Hauptziel, Jugendlichen mehr politische Beteiligung zu ermöglichen, aber eben auch, um einen Diskurs bei der älteren Wählerschaft anzuregen. Umgekehrt frustriert es am meisten, wenn einem die Gesprächspartner in allen Punkten zustimmen und letztendlich trotzdem nicht unterschreiben wollen.»



Angie Davida (17):

«Bisher habe ich beim Ansprechen von Passanten zum Glück grösstenteils positive Erfahrungen gemacht. Fast alle, die ich angesprochen habe, wollten unterschreiben. Vereinzelt bleiben aber auch stur und hören nicht wirklich zu. Man bekommt dann Aussagen wie <Geht doch erst mal arbeiten und sammelt Lebenserfahrung> zu hören. Das wird in seltenen Fällen dann ein wenig respektlos. Das Gegenargument, an welchem aber mit Abstand am stärksten festgehalten wird, ist gleichzeitig das enttäuschendste: <Ich habe selber Kinder in dem Alter und denen traue ich das noch überhaupt nicht zu.> Oft fällt dieser Satz dann auch noch mit den scheinbar unmündigen Kindern direkt danebenstehend. Das ist aber glücklicherweise nicht die Norm.»

Manchmal entwickelt sich das Gespräch auch vom eigentlichen Thema weg zu allgemeinen politischen Angelegenheiten. Das freut mich eigentlich total, leider ist das Setting dafür nicht ideal. Ich würde mir wünschen, dass dieses Bedürfnis zur Diskussion und zum Ideenaustausch mit Jugendlichen eine Plattform hätte.»

Daniel Lochner (24):

«<Autofahren dürfen sie ja auch noch nicht> – das ist eines meiner liebsten Gegenargumente. Für mich erschliesst es sich nicht ganz, wie das Operieren eines motorisierten Fahrzeugs mit der Fähigkeit, sich politisch zu informieren und entsprechend abzustimmen, zusammenhängt. Ich lenke das Gespräch dann immer schnell auf andere Argumente. Eigentlich hören die meisten aber aufmerksam zu und sind sehr respektvoll.»

Seraphim Joliat (16):

«Ich war jetzt schon öfters in Fussgängerzonen oder vor Supermärkten Unterschriften sammeln und habe alles in allem vor allem positive Reaktionen auf unser Engagement bekommen. Manche Passanten unterschreiben sogar scheinbar eher aus der Motivation heraus, uns persönlich zu unterstützen, als um der Sache willen. Das erscheint mir – wenn ich ehrlich bin – ein wenig paradox. Einerseits sind Erwachsene begeistert davon, wie wichtig uns Jugendlichen politische Beteiligung ist, und sind beeindruckt davon, wie aktiv wir uns dafür einsetzen. Andererseits liegt ihnen die Vorstellung, sich selbst für eben dieses Anliegen einzusetzen, fern.»

«Als überwiegend positiv erlebe ich auch die Reaktion der Lehrpersonen: Die meisten freuen sich darüber, unterschreiben zu können. Ich denke, das sagt doch schon viel aus.»

Die Unterschriften, für die wir am wenigsten Überzeugungsaufwand leisten mussten, waren diejenigen, die wir in der Schule gesammelt haben. Dem grössten Teil der Schüler*innen war es ein persönliches Anliegen, ihre Unterschrift zu geben. Das allgemeine politische Interesse wird nur schon im Klassenzimmer anhand von Plakaten sichtbar. Klar gibt es auch Schüler*innen, die nicht unterschreiben – das aber nie mit einem überzeugenden oder überhaupt einem Gegenargument. Als überwiegend positiv erlebe ich auch die Reaktion der Lehrpersonen: Die meisten freuen sich darüber, unterschreiben zu können. Ich denke, das sagt doch schon viel aus.»

Es scheint, als hätten wir mit den bevorstehenden Nominierungen der künftigen Landtagskandidaten einen günstigen Zeitpunkt für den Start der Petition gewählt. Die Angst, unser Anliegen könnte zwischen anderen Themen im Landtag untergehen, hat sich durch die klare öffentliche Positionierung von Politiker*innen beziehungsweise Parteien als unbegründet herausgestellt. Zwar beziehen die meisten eine Gegenposition, die Diskussion darüber bleibt dadurch aber trotzdem erhalten.

Obwohl die Thematik bereits in einem 1FLTV-Interview und in einem Leserbrief aufgegriffen wurde, sollten wir nochmals darüber reden, wie die Jugendunion (VU) und die junge FBP auf unsere Petition Wahlalter 16 reagierten. Obwohl wir nämlich bereits im Vorfeld wussten, dass mindestens aus einem dieser beiden Lager Widerspruch kommen würde, hätten wir uns wenigstens eine inhaltvolle Diskussion gewünscht, statt einer, die uns entweder Eigennutz vorwirft oder gleich ganz am Thema vorbeiredet.

Text von Samuel Schurte, samschurte@gmail.com

JUNGE FBP UND JUGEND- UNION TUN SICH SCHWER MIT WAHLALTER 16



Zuerst zur jFBP: Löblich an ihrem Vorgehen war, dass sie eine Mitgliederbefragung durchführten. Dadurch stellt sich allerdings die Frage, wie sie auf ihre Gegenargumentation gekommen sind, denn diese scheint entweder unbedacht oder aber durch

Druck entstanden zu sein. Nämlich dem Druck, sich Gegenargumente aus den Fingern saugen zu müssen, weil eben ein Grossteil der Befragten mit Nein gestimmt haben. Anders lässt sich nicht erklären, dass Argumente wie «Wählen ist eine Pflicht» oder «Passives und aktives Wahlrecht zu splitten, ist nicht zielführend» ihren Weg in diese Diskussion gefunden haben. Beim ersten handelt es sich nämlich um einen Strawman, d.h. ein Strohmann- oder Schein-Gegenargument, denn etwas anderes hat die Junge Liste in ihrer Petition gar nicht behauptet. Beim zweiten wird uns nicht mal auf Anfrage erklärt, welches Ziel die jFBP hier verfehlt sieht.

Das Argument der Jugendunion hingegen lässt vielleicht die Angst der beiden Jungparteien etwas besser durchblicken. Ohne wirkliches Fundament unterstellt uns Simon Welte, der neue Präsident der Jugendunion, die Petition aus «parteilichem Eigennutzen» lanciert zu haben. Grüne Politik mit einfachen Parolen würde gut bei Jugendlichen ankommen. Man merkt also, dass Jugendunion (und wahrscheinlich auch jFBP) Angst haben, die Jungen würden ihre Parteien nicht wählen, was in Wahrheit

aber mehr mit der Politik von VU und FBP zu tun hat als mit der Jugend. So funktioniert eine Demokratie. Themen werden wichtiger und wer es verpasst, sich mit diesen auseinanderzusetzen, verliert den Anschluss und schlussendlich Wähler*innen. Und ausserdem scheint mir «Wir lassen alles so, wie es ist» die einfachste aller Parolen, Herr Welte.

Warum wir gegen das aktive Wahlalter 16 sind:

- Eine Aufspaltung des aktiven und passiven Wahlalter ist nicht zielführend
- Eine politische Beteiligung mit 16 ist auch ohne Wahlrecht bereits möglich
- Wählen ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht
- Wer noch nicht für seine eigenen Entscheidungen geradestehen muss, soll auch nicht für ein ganzes Land abstimmen dürfen

Instagram-Post der jFBP zum Thema Wahlalter 16



Ich verbinde mit der Freien Liste meine politische Heimat. Ich finde dort Menschen, mit denen ich das «Heu auf der gleichen Bühne» habe. Dort kann ich mich austauschen über Themen, die mir am Herzen liegen. Ich finde Gehör und höre zu. Und auch wenn ich nicht immer mit allem einverstanden bin, so erfahre ich dort immer Respekt, «Gleichwürdigkeit» und Anstand.

Bettina Eberle-Frommelt, FL-Gemeinderätin Balzers

«Die Freie Liste ist die einzige Partei in Liechtenstein, die moderne Lösungen zu dringenden gesellschaftlichen Fragestellungen zur Diskussion stellt. Diese Diskussionen bewegen und bewirken, dass zeitgemässe Lösungen nach einiger Zeit mehrheitlich akzeptiert und umgesetzt werden. Ich selbst kann als Vertreterin der Freien Liste jederzeit öffentlich sagen, was ich denke, und dazu stehen, was ich für richtig halte, auch wenn das mal interne Diskussionen auslöst und dort zum Nachdenken anregt. Deshalb ist die Freie Liste meine politische Heimat.»

Andrea Matt, FL Gemeinderätin in Mauren



Ihre Grundwerte sozial, ökologisch, demokratisch – mit Pepo Frick gemeinsam in der Gartenkooperative jäten und politisieren – «Mutig neue Wege gehen» – Thomas Lageder, der konsequent mit dem Velo zu den Landtagssitzungen fährt – zwei Sitze im Gemeinderat in Vaduz – Landtags-Talk – betriebliches Mobilitätsmanagement – 5 Sitze bei den nächsten Landtagswahlen

Stephan Gstöhl, FL-Gemeinderat Vaduz



Ich erwarte, dass die Freie Liste ihre vorausschauende Rolle beibehält, der liechtensteinischen Politik die Defizite und notwendigen Schritte im demokratischen-sozialen-ökologischen Bereich aufzuzeigen – zum Wohle einer breiten und gerechten Gesellschaft und mit einem neuen Generationenvertrag. Dies ist keine Utopie, sondern der Kernauftrag an die Politik – auch um die Polarisierung in der politischen Debatte nicht noch grösser werden zu lassen.

Wolfgang Marxer, stellvertretender Landtagsabgeordneter

